



N i e d e r s c h r i f t

über die 23. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 26.09.2012
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 20:52 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Tim Brühland
Herr Karl-Heinz Göbel
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Frau Gabriele Hackel
Herr Karl König
Herr Reinhard Ockel ab TOP 2
Herr Harald Schlee
Herr Markus Schneider
Herr Peter Werner

Mitglieder der Fraktion PETO

Herr Florian Große-Allermann
Herr Torsten Kinzel
Herr Karsten Köchling
Frau Jana Lang
Frau Janne Oberdieck
Herr Andreas Piana
Frau Lisa Pientak
Herr Max Riedel
Herr Lucas Risse
Herr Michael Strauss
Herr Jens Timmermann ab TOP 8
Herr Sven Timmermann

Mitglieder der SPD-Fraktion

Frau Petra Arend-Karl
Herr Alaattin Bayrak
Herr Werner Goller
Herr Roland Gunia
Herr Thomas Heinen
Herr Helmut Nieswand
Frau Ursula Schlößer
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell
Frau Andrea Stamm
Herr Dr. Norbert Stapper

Mitglieder der FDP-Fraktion

Herr Ulrich Anhut
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz
Frau Dr. Doris Schröder-Weber

Linke

Herr Benjamin Daniel Kenzler

Parteilos

Frau Lilo Friedrich

Rechnungsprüfung

Herr Harald Beier

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Annette Berg
Herr Martin Frömmer
Herr Peter Heimann
Herr Max Herrmann
Herr Kurt Hundenborn
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Georg Thomanek
Herr Uwe Trost
Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Bruno Kosmala

entschuldigt

von der Verwaltung

Frau Gisela Herforth

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bundesweiter Aktionstag "Voneinander lernen - füreinander da sein" am 26. September 2012 -Vorstellung Monheimer Patenschafts- und Mentoringprojekte- VIII/0985
3. Kenntnisnahme von Niederschriften - öffentlicher Teil -
 - 3.1. Kenntnisnahme der Niederschrift der 21. Sitzung des Rates am 30.05.2012 - öffentlicher Teil -
 - 3.2. Kenntnisnahme der Niederschrift der 22. Sitzung des Rates am 04.07.2012 - öffentlicher Teil -
4. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen VIII/0989
5. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
6. Schulzentrum Süd, Erich-Klausener-Straße VIII/0981
7. Sportstättenkonzept - Heinrich-Häck-Stadion VIII/0982
8. Räumliche Unterbringung der Städtischen Musikschule VIII/0983
9. Einrichtung eines neuen Citymarketings VIII/0986
10. Anerkennung der Bibliothek Monheim am Rhein als freier Träger der Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII VIII/1006
11. Präsentation der Ergebnisse der Monheimer Neuelternstudie / Ergebnisse des Modellprojektes Mo.Ki unter drei VIII/1012
12. Durchführung der Monheimer Elternstudie "Bei uns entwi- VIII/1014

ckeln Eltern mit!"

- | | | |
|-------|---|-----------|
| 13. | Bebauungsplan Nr. 7 B "Einkaufszentrum Holzweg" - 2. Änderung
Satzungsbeschluss | VIII/0991 |
| 14. | 2. Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Monheim am Rhein | VIII/1023 |
| 15. | Bestellung eines ehrenamtlichen Beauftragten für die Belange behinderter Menschen für die Stadt Monheim am Rhein über den 31.12.2012 hinaus bis zum Ende der Wahlzeit des Rates | VIII/1009 |
| 16. | Interkommunale Zusammenarbeit / Beitritt zur interkommunalen Einkaufsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW | VIII/0987 |
| 17. | Umwandlung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Städtische Betriebe der Stadt Monheim am Rhein in einen Regiebetrieb | VIII/0984 |
| 18. | Integriertes Klimaschutzkonzept (KSK) für Monheim am Rhein
- Maßnahmenbeginn, erste Projektschritte und Auftaktveranstaltung | VIII/0979 |
| 19. | Erschließung der Telekomliegenschaft an der Straße "Am Schellberg" | VIII/1026 |
| 20. | Zuteilung von neuen Kennzeichen im Kreis Mettmann | VIII/1024 |
| 21. | Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 09.09.2012 "Erlebnispfad Grüne 8" | VIII/1025 |
| 22. | Nachwahlen, Umbesetzung von Mitgliedern in Ausschüsse und Gremien | VIII/1016 |
| 23. | Mündliche Mitteilungen | |
| 23.1. | Besetzung der Stelle der Bereichsleitung Schulen und Sport | |
| 23.2. | Information zu dem möglichen Bau einer Festhalle auf dem Schützenplatz Am Werth | |
| 24. | Mündliche Anfragen | |
| 24.1. | Anfrage von Ratsfrau Schlößer - SPD - "Sachstand hinsichtlich der Überprüfung der Akustik im Ratssaal" | |

- 24.2. Anfrage von Ratsherrn Köchling - PETO - "Zustand der Randsteine am Busbahnhof"
- 24.3. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion zur Planungssituation in Baumberg-Ost

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die 23. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er teilt mit, dass sich das Ratsmitglied Herr Bruno Kosmala - CDU - entschuldigt hat. Die Ratsherren Reinhard Ockel - CDU - und Jens Timmermann - PETO - werden verspätet an der Sitzung teilnehmen.

Anschließend weist der Bürgermeister auf die Erweiterung der Tagesordnung im öffentlichen Teil hin. Die Vorlage VIII/1024 „Zuteilung von neuen Kennzeichen im Kreis Mettmann“ wurde mit Schreiben vom 20.09.2012 in die Postfächer nachgereicht.

Mit gleichem Schreiben wurden Unterlagen zu TOP ö 12, Vorlage VIII/1014, „Durchführung der Monheimer Elternstudie, Bei uns entwickeln die Eltern mit“ - hier: Kostenaufstellung, nachgereicht.

Der Bürgermeister erklärt, dass der „alte“ TOP ö 14 „Nachtragshaushalt 2012 – Ersatzbeschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges“ ersatzlos gestrichen werden konnte, da über die Bereitstellung der notwendigen Mittel bereits im Rahmen der 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung beschlossen wurde. Der Tagesordnungspunkt wurde versehentlich auf die Tagesordnung genommen.

Weiterhin weist der Bürgermeister auf vor der Sitzung an die Plätze verteilte Unterlagen hin:

- Antrag zur Sache der CDU-Fraktion vom 24.09.2012 zu TOP ö 15, Vorlage VIII/1009, „Bestellung eines ehrenamtliche Beauftragten für Belange behinderter Menschen“,
- schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 18.09.2012 zur Planungssituation Baumberg-Ost, die bei Tagesordnungspunkt „Mündliche Anfragen“ beantwortet werden soll
- und
- Schreiben vom 20.09.2012 an die Bezirksregierung Düsseldorf, „Einwendungen

im Planänderungsverfahren CO-Pipeline“.

Der Sprecher der CDU-Fraktion stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt 9, Vorlage VIII/0986, „Einrichtung eines neuen Citymarketings“ von der Tagesordnung abzusetzen. Die Beratung über diese Vorlage solle im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen 2013 erfolgen.

Abstimmungsergebnis über den Geschäftsordnungsantrag:

16 Ja-Stimmen: 10 CDU, 3 FDP, 3 Bündnis90/Grüne

22 Nein-Stimmen: 11 PETO, 8 SPD, 1 Frau Friedrich, 1 Linke, 1 BM

mehrheitlich abgelehnt

Gegen die Tagesordnung mit der Erweiterung im öffentlichen Teil und den weiteren ergänzenden Hinweisen durch den Bürgermeister ergeben sich keine Bedenken.

**2 Bundesweiter Aktionstag "Voneinander lernen - füreinander da sein" am 26. September 2012 -Vorstellung Monheimer Patenschafts- und Mentoringprojekte-
Vorlage: VIII/0985**

Der Bürgermeister weist auf den heute unter dem Motto „Voneinander lernen – füreinander da sein!“ stattfindenden bundesweiten Aktionstag hin und begrüßt die Akteure, die ihre Patenschafts- und Mentoringprojekte in der Sitzung vorstellen.

Zum Abschluss der Präsentation bedankt sich der Bürgermeister bei allen Beteiligten für ihr Engagement und ruft die Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung auf. Seinen besonderen Dank spricht der Bürgermeister Herrn Anstatt für die Vorbereitung der Präsentation und die Koordinierung der vorgestellten Beiträge aus.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

3 Kenntnisnahme von Niederschriften - öffentlicher Teil -

3.1 Kenntnisnahme der Niederschrift der 21. Sitzung des Rates am 30.05.2012 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Kenntnisnahme der Niederschrift der 22. Sitzung des Rates am 04.07.2012 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

**4 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen
Vorlage: VIII/0989**

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

5 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

1. Frau Ursula Budde, Mitglied des Pfarrgemeinderates St. Gereon und St. Dionysius, weist im Hinblick auf die unter TOP 2 vorgestellten Präsentationen darauf hin, dass die katholische Kirche sich ebenfalls an der Integrationsarbeit beteiligt. Speziell weist sie auf den geplanten Tag der Integration hin, der am Tag der deutschen Einheit stattfindet. Am 3. Oktober findet zugleich auch der Tag der offenen Moschee statt. Veranstalter des Integrationstages sind die katholische und evangelische Kirchengemeinden, die Caritas im Kreis Mettmann und die DiTiB. Frau Budde lädt alle Interessierten zu den Entdeckertouren, die zur Moschee in der Niederstraße führen, ein.

Der Bürgermeister bedankt sich bei Frau Budde für die Information.

2. Frau Bachhausen, Opladener Straße, bezieht sich auf den geplanten Neubau der Musikschule und fragt nach, welche alternativen Standorte zu dem jetzt durch die Verwaltung favorisierten zur Diskussion gestanden hätten.

Der Bürgermeister stellt alternativ überprüfte Standorte vor und erläutert die Gründe, die für den von der Verwaltung vorgeschlagenen Standort am Berliner Ring sprächen. Vorteilhaft sei die direkte Nähe zum Bildungs- und Kulturzentrum und zu den weiterführenden Schulen OHG, Real- und Sekundarschule. Auf Nachfrage von Frau Bachhausen teilt der Bürgermeister mit, dass auch denkbare Standorte in Baumberg überprüft worden seien. Es sei angedacht, den schulischen Musikunterricht enger mit der Musikschule zu vernetzen. Das sei an dem vorgestellten Standort besser zu verwirklichen. Auf eine weitere Nachfrage von Frau Bachhausen, ob ein evtl. Um- oder Anbau an die Volkshochschule geprüft wurde, verweist der Bürgermeister auf die Ausführungen, die die Verwaltung zu dem eigentlichen Tagesordnungspunkt 8 „Räumliche Unterbringung der Städtischen Musikschule“ machen wird.

Auf Nachfrage, ob weitere Einwohnerinnen oder Einwohner Fragen stellen möchten, meldet sich niemand zu Wort. Der Bürgermeister erklärt, dass er die 2. Unterbrechung der Tagesordnung, die normalerweise für 18.00 Uhr vorgesehen sei, heute nicht vornehmen werde, da es bereits 17.55 Uhr ist.

6 Schulzentrum Süd, Erich-Klausener-Straße Vorlage: VIII/0981

Beschluss

1. Das Areal der sich in Auflösung befindlichen Anton-Schwarz-Hauptschule wird durch Abbruch der darauf befindlichen Gebäude einschließlich der Turnhalle, Aula und des Hausmeisterhauses im Anschluss an den Leerzug der Gebäude (Juli 2013) frei gelegt.

2. Für die frei gelegten Flächen der sich in Auflösung befindlichen Anton-Schwarz-Hauptschule wird im Rahmen eines Gutachterverfahrens mit Beteiligung der Bürgerschaft ein städtebauliches Konzept entwickelt.
3. Die Turnhalle der Hermann-Gmeiner-Grundschule wird zur Versammlungsstätte ertüchtigt.
4. Die erforderlichen Haushaltsmittel für den Rückbau der Gebäude in Höhe von 425.000 € werden in den Ergebnishaushalt 2013 (200.000 €) und 2014 (225.000 €) eingestellt.
5. Die erforderlichen Haushaltsmittel für die Ertüchtigung der Turnhalle Hermann-Gmeiner in Höhe von 200.000 € werden in den Ergebnishaushalt 2013 eingestellt.

einstimmig zugestimmt

7 Sportstättenkonzept - Heinrich-Häck-Stadion
Vorlage: VIII/0982

Beschluss

1. Am Heinrich-Häck-Stadion wird zusätzlich zur bereits im Rahmen des Sportstättenkonzeptes beschlossenen Erneuerung des Umkleidegebäudes (Vorlage VIII/0187) eine Einfeld-Turnhalle als Ersatz für die am Standort der Anton-Schwarz-Schule entfallende Turnhalle auf Grundlage der angepassten Planung errichtet.
2. Die erforderlichen Haushaltsmittel von zusätzlich 1.200.000 € werden in den Finanzplan B aufgenommen. Das Gesamtbudget für diese Maßnahme wird damit von 582.000 € auf 1.782.000 € erhöht.
3. Das Angebot der SG Monheim, sich an den Investitionskosten mit einem Betrag von 100.000 € zu beteiligen wird angenommen. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine entsprechende Vereinbarung mit der SG Monheim zu schließen.

einstimmig zugestimmt

8 Räumliche Unterbringung der Städtischen Musikschule
Vorlage: VIII/0983

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage und nimmt Bezug auf die Diskussion in der Bürgerschaft und der Öffentlichkeit. Er teilt mit, dass ihm gestern Unterschriftenlisten mit ca. 650 Unterschriften von Schülern der Klassen 5 – 9 des Otto-Hahn-Gymnasiums gegen den Bau der Kunst- und Musikschule an der vorgesehenen Stelle überreicht worden seien. Die Schülervertreter hätten jedoch sein Angebot angenommen, sich neben dem Schulleiter und den Elternvertretern an dem Architekturgremium zu beteiligen. Er erteilt Herrn Lobe das Wort, damit

dieser auf den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen aus dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport eingehen kann. Herr Lobe berichtet umfassend und stellt anhand von Plänen vor, aus welchen Gründen von einer Einbeziehung des Bildungs- und Kulturzentrums Abstand genommen wurde.

Im Anschluss daran, erklärt der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. Bevor eine Entscheidung über die Errichtung des Musikschulgebäudes getroffen werden könne, solle die Verwaltung zunächst grundsätzliche Überlegungen und Kostenermittlungen anstellen, ob der Neubau eines funktionellen und energiesparenden Gebäudekomplexes, in dem Kulturzentrum und Musikschule gemeinsam untergebracht werden, sich nicht als sinnvoller herausstellen würde. Erst danach könne ein verantwortungsvoller und zukunftsorientierter Beschluss gefasst werden. Dabei sei auch zu berücksichtigen, dass der vorhandene zerklüftete Gebäudekomplex des Kulturzentrums sich gerade unter energetischen Gesichtspunkten als äußerst schlecht darstelle.

Die Verwaltung teilt mit, dass durchaus diese Überlegungen und Berechnungen angestellt worden seien. Der Abriss des Bildungs- und Kulturzentrums und der Neubau unter Einbeziehung der Musikschule seien technisch möglich. Die geschätzten Kosten für solch eine Maßnahme beliefen sich auf 20 Mio. EUR, wobei die Kosten für die Musikschule hierbei noch nicht berücksichtigt worden seien. Deshalb habe man sich für den Erhalt und die - vor allem energetische - Sanierung der bestehenden Gebäude entschieden.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt unter Hinweis auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss, dass ihre Fraktion grundsätzlich für ein zentrales Musikschulgebäude sei. Allerdings spräche auch sie sich für eine vorhergehende umfassende Prüfung aller Alternativen, so wie sie von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vorgeschlagen wurden, aus. Sollte das Musikschulgebäude auf dem Schulhofgelände des Otto-Hahn-Gymnasiums errichtet werden, dann solle dem Architekten die Größe des Gebäudes vorgegeben werden. Da sie den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüße, beantragt sie, diesen vor der Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung aufzurufen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion äußert zunächst seine Überraschung darüber, dass heute überhaupt noch eine Diskussion zu dem Thema stattfinde. Seine Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen. Er weist auf die Ausführungen der Verwaltung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses hin und erklärt, dass vor weiteren Diskussionen zunächst der Architekturvorschlag abgewartet werden solle.

Im weiteren Verlauf der Beratung stellen Sprecher der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen nochmals die Gründe für ihren Antrag heraus. Vor einer Beschlussfassung über die Musikschule sei eine Überprüfung des Gesamtkomplexes unter Berücksichtigung der zukünftigen Entwicklung des Bildungs- und Kulturzentrums wichtig, wobei die Schwerpunkte auf das „Gebäudekonzept“ und das „Nutzungskonzept“ zu legen seien. Hierzu gehöre dann sowohl eine ökonomische wie auch eine ökologische Überprüfung.

Der Bürgermeister entgegnet, dass es dem Rat unbenommen bleibe, der Verwaltung entsprechende Prüfaufträge zu erteilen.

Anschließend erklären die Sprecherinnen von SPD-Fraktion und PETO-Fraktion, dass ihre Fraktionen der Verwaltungsvorlage zustimmen werden. Derzeit liege noch keine konkrete Planung zu dem Musikschulgebäude vor, dazu solle erst heute der Beschluss gefasst werden. Es wird unterstrichen, dass der Flächenbedarf für das Gebäude gering gehalten werden soll. Außerdem wird wegen der derzeitigen schlechten Unterbringung der Musikschule in verschiedenen Schulungsräumen/-gebäuden im gesamten Stadtgebiet auf die Notwendigkeit der baldigen Errichtung eines zentralen Musik- und Kunstschulgebäudes hingewiesen. Die Diskussion über eine Sanierung oder einen evtl. Neubau des Bildungs- und Kulturzentrums müsse getrennt von der Diskussion über die Errichtung des Musikschulgebäudes geführt werden. Nicht nur die damit einhergehende finanzielle Dimension sprengt heute den Rahmen. Dem Prüfauftrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde nicht zugestimmt.

Bevor der Bürgermeister dem Vorschlag der Sprecherin der FDP-Fraktion folgt und den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zur Abstimmung aufruft, bittet er die Sprecherin der antragstellenden Fraktion, diesen zu formulieren.

Danach meldet sich Ratsherr Bosbach - CDU - mit einem Geschäftsordnungsantrag zu Wort. **Der Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen solle zur weiteren Beratung in den Fachausschuss verwiesen werden.** Der Antrag stehe nicht mehr im Zusammenhang mit der räumlichen Unterbringung der Musikschule, über die heute beschlossen werden solle. Im Verlauf der Debatte sei der Antrag so umfangreich geworden, dass er sich heute außer Stande sähe, hierüber abzustimmen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag. Man solle den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen als Variantenauftrag an das Architektengremium betrachten. Wenn das nicht möglich sei, solle die Beratung über den Tagesordnungspunkt komplett vertagt werden.

Die Verwaltung entgegnet dazu, dass durch Einbeziehung einer weiteren Variante mit einer Kostensteigerung beim Architektenhonorar und dem Preisgeld mit ca. 150.000 EUR zu rechnen sei.

Weitere Wortmeldungen für den Geschäftsordnungsantrag liegen nicht vor.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag:

1 Ja-Stimme:	CDU
18 Nein-Stimmen:	10 CDU, 3 Bündnis90/Die Grünen, 1 Linke, 1 BM
21 Enthaltungen:	12 PETO, 8 SPD, 1 Frau Friedrich

mehrheitlich abgelehnt

Anschließend formuliert der Bürgermeister den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wie folgt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein architektonisches städtebauliches Konzept zu entwickeln, das eine Beziehungssachse zwischen den einzelnen Baukörpern am

Berliner Ring schafft und die Eingangsbereiche des Kulturzentrums zum Berliner Ring hin ausrichtet.

2. Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, welche zukünftigen baulichen Nutzungen des Bildungs- und Kulturzentrums vorgesehen sind.

3. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und in welcher Form die Musikschule in den Komplex des Bildungs- und Kulturzentrums zu integrieren ist.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion erklärt, dass ihre Fraktion dem Antrag so nicht zustimmen könne, da dieser zu viele Aspekte enthalte, die nicht im Zusammenhang mit der Errichtung der Musikschule stehen würden.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die antragstellende Fraktion die Punkte, die nicht die Musikschule und nur das Bildungs- und Kulturzentrum betreffen, als Antrag zur Beratung in den Fachausschuss einbringen könnte.

Nachdem die Sprecherin der antragstellenden Fraktion darauf hinweist, dass der Bürgermeister bereits heute die einzelnen Unterpunkte des Antrages zur Abstimmung aufrufen könne, stellt dieser fest, dass es nicht angehen könne, wenn im Verlauf der Sitzung Anträge mit komplexem Sachverhalt auf Zuruf gestellt würden. Er werde die Sitzung bis 19.00 Uhr unterbrechen, um der Fraktion Bündnis90/Die Grünen die Gelegenheit zu geben, einen Antrag zu formulieren, den er zur Abstimmung stellen könne.

Sitzungsunterbrechung von 18.51 Uhr bis 19.07 Uhr.

Nach Wiederbeginn der Sitzung verliert der Bürgermeister den vorgelegten Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen:

1. Der gesamte Komplex des Kulturzentrums ist als funktionale Einheit zu betrachten. Daher wird zeitgleich mit der Verabschiedung der Vorlage zur räumlichen Unterbringung der Musikschule (Drucksache VIII/0983) der Beschluss gefasst, für das verbleibende Kulturzentrum (jenseits des Berliner Rings) ein architektonisches, städtebauliches Konzept zu entwickeln oder entwickeln zu lassen, das eine Beziehungachse zwischen den einzelnen Baukörpern schafft und dabei dem Prinzip der Kooperation und Offenheit in besonderem Maße Rechnung trägt. Insbesondere sind die Eingangsbereiche des Kulturzentrums zum Berliner Ring hin auszurichten und miteinander zu verknüpfen.
2. Für das Kulturzentrum wird ein zukunftsweisendes Nutzungskonzept einschließlich der möglichen Einbeziehung der Musikschule entwickelt, das auch die energetische Sanierung beinhaltet.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen beantragt getrennte Abstimmung über die einzelnen Beschlusspunkte.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1:

6 Ja-Stimmen: 3 Bündnis90/Die Grünen, 3 FDP
34 Nein-Stimmen: 12 PETO, 11 CDU, 8 SPD, 1 Frau Friedrich, 1 Linke, 1 BM

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis zu Punkt 2:

6 Ja-Stimmen: 3 Bündnis90/Die Grünen, 3 FDP
34 Nein-Stimmen: 12 PETO, 11 CDU, 8 SPD, 1 Frau Friedrich, 1 Linke, 1 BM

mehrheitlich abgelehnt

Anschließend ruft der Bürgermeister die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung auf.

Beschluss

1. Für die Unterbringung der Musik- und Kunstschule soll am Berliner Ring auf dem Baufeld der bisherigen Skulpturenhütte ein Neubau errichtet werden.
2. Für den Neubau der Musik- und Kunstschule wird zunächst im Rahmen eines Architekturremiums ein geeignetes architektonisches Konzept entwickelt und dieses mit Beschlussempfehlung des Architekturremiums den Ratsgremien zur Entscheidung vorgelegt.
3. Für den Neubau der Musik- und Kunstschule werden im Finanzplan B Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 3,5 Mio. € aufgeteilt auf die Jahre 2013 bis 2015 bereit gestellt.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja-Stimmen: 12 PETO, 11 CDU, 8 SPD, 1 Frau Friedrich, 1 Linke, 1 BM
3 Nein-Stimmen: Bündnis 90/Die Grünen
3 Enthaltungen: FDP

mehrheitlich angenommen

9 Einrichtung eines neuen Citymarketings Vorlage: VIII/0986

Unter Hinweis auf die eingehende Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss erklärt die Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, dass sie die Vertagung der Vorlage beantrage. Die Verwaltung solle zunächst ein ausführlicher ausgearbeitetes Konzept und eine Potentialanalyse erstellen. In dem vorgelegten Konzept bleibe unklar, wie eine Zusammenarbeit mit dem Kreis denkbar sei. Die vorhandenen Synergien sollten genutzt werden. Erst wenn ein schlüssiges Konzept vorliege, könne auch über die Einrichtung zusätzlicher unbefristeter Stellen entschieden werden.

Der Bürgermeister entgegnet, dass eine Zusammenarbeit mit dem Kreis, insbesondere im Hinblick auf die Tourismusförderung, angestrebt werde. Die Festlegung von eigenen Positionen sei bei gemeinsamer Arbeit unumgänglich. Vor Erstellung eines eigenen Tourismuskonzeptes sei eine Bestandsaufnahme notwendig. Bei

diesem Konzept müsse die Vermarktung der Rheinlage im Vordergrund stehen. Für das Citymarketing sei bereits ein Konzept erarbeitet worden.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion schließt sich der Vorrednerin an und erklärt, dass über die Schaffung weiterer Stellen im Rahmen der Haushaltsplan- bzw. den Stellenplanberatungen entschieden werden könne. Der Verwaltungsvorlage werde heute nicht zugestimmt. Sie merkt noch an, dass es wichtig sei und positiv gesehen werde, dass das Citymarketing weiter ausgebaut werden solle.

Der Sprecher der CDU-Fraktion zeigt sich erstaunt über den Antrag der Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen. Er stellt heraus, dass die CDU-Fraktion die Stärkung des Citymarketings als sehr sinnvoll betrachte und hierfür auch die Notwendigkeit der Einrichtung unbefristeter Stellen sieht. Die Beratung dazu müsse jedoch nach Auffassung seiner Fraktion im Zusammenhang mit der Haushaltsplanberatung erfolgen. Deshalb habe er bereits vor Eintritt in die Tagesordnung die Vertagung des Tagesordnungspunktes beantragt.

Der Bürgermeister gibt dazu den Hinweis, dass Herr Gronauer die Absetzung des Tagesordnungspunktes beantragt habe. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen hätten jetzt die Vertagung beantragt. Somit würden unterschiedliche Anträge vorliegen.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion und ein Sprecher der PETO-Fraktion erklären, dass ihre Fraktionen der Verwaltungsvorlage zustimmen werden. Die Frage nach der Notwendigkeit des Citymarketings sei bereits im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2012 beraten worden. Eine Vertagung in die kommenden Haushaltsplanberatungen sei deshalb nicht erforderlich.

Sowohl Herr Gronauer als auch Frau Schlößer bemängeln, dass Frau Stamm alle Argumente wiederholt, die bereits in den Vorberatungen genannt wurden, ohne dass weitere Erkenntnisse vorliegen würden. Man wünsche sich eine zügigere Beratung von Vorlagen, speziell wenn diese bereits in Fachausschüssen vorberaten worden seien.

Der Bürgermeister stellt den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen: 11 CDU, 3 Bündnis90/Die Grüne, 3 FDP
23 Nein-Stimmen: 12 PETO, 8 SPD, 1 Frau Friedrich, 1 Linke, 1 BM

mehrheitlich abgelehnt

Der Bürgermeister ruft die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung auf.

Beschluss

1. Das in der Sachdarstellung beschriebene Citymarketing-Konzept wird beschlossen. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung des Konzepts zum 01.01.2013 beauftragt.
2. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 205.000,- € werden ab 2013 in den Haushaltsplan eingestellt. Die zusätzlichen Personalressourcen im Umfang von 2,25 Stellenanteilen sind in den Stellenplan aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen: 12 PETO, 8 SPD, 1 Frau Friedrich, 1 Linke, 1 BM
17 Enthaltungen: 11 CDU, 3 Bündnis90/Die Grünen, 3 FDP

einstimmig bei Enthaltungen angenommen

- 10 Anerkennung der Bibliothek Monheim am Rhein als freier Träger der Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII
Vorlage: VIII/1006**

Beschluss

Die Bibliothek Monheim am Rhein - gemeinnützige Gesellschaft mbH - wird als freier Träger der Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII anerkannt.

einstimmig zugestimmt

- 11 Präsentation der Ergebnisse der Monheimer Neuelternstudie / Ergebnisse des Modellprojektes Mo.Ki unter drei
Vorlage: VIII/1012**

Die Präsentation wird zur Kenntnis genommen.

- 12 Durchführung der Monheimer Elternstudie "Bei uns entwickeln Eltern mit!"
Vorlage: VIII/1014**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage.

Eine Sprecherin der PETO-Fraktion erklärt, dass ihre Fraktion der Verwaltungsvorlage zustimmen werde.

Beschluss

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Durchführung der Monheimer Elternstudie „Bei uns entwickeln Eltern mit!“ in Zusammenarbeit mit dem ISS-Frankfurt am Main ab der zweiten Jahreshälfte 2012 und beauftragt die Verwaltung mit der Vorbereitung und Durchführung aller hierfür notwendigen Schritte.
2. Zusätzlich zu den im Haushaltsjahr 2012 beim Produkt 02 Verwaltungsvorstand zur Verfügung gestellten Mitteln in Höhe von 40.000 € werden verteilt auf die Haushaltsjahre 2013 und 2014 nach den jeweiligen Fälligkeiten weitere Mittel in Höhe von insgesamt 28.900 € in die Planung aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen: 12 PETO, 8 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP,
1 Frau Friedrich, 1 Linke, 1 BM
13 Enthaltungen: 11 CDU, 2 FDP

einstimmig bei Enthaltungen angenommen

**13 Bebauungsplan Nr. 7 B "Einkaufszentrum Holzweg" - 2. Änderung
Satzungsbeschluss
Vorlage: VIII/0991**

Beschluss

- Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung wurden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage Nr. 05 zur Drucksache beschlossen.
- Die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 7 B „Einkaufszentrum Holzweg“ wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt

einstimmig zugestimmt

**14 2. Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über
die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet
der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/1023**

Beschluss

Der Rat beschließt die 2. Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Monheim am Rhein vom 22.09.2008 gem. der als Anlage beigefügten Verordnung. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**15 Bestellung eines ehrenamtlichen Beauftragten für die Belange behinderter
Menschen für die Stadt Monheim am Rhein über den 31.12.2012 hinaus bis
zum Ende der Wahlzeit des Rates
Vorlage: VIII/1009**

Eingangs weist der Bürgermeister auf den Antrag zur Sache der CDU-Fraktion hin. Er erklärt, dass die Verwaltung heute ihre Beschlussvorlage zurückziehe. Es könne nur im Interesse aller Betroffenen und ein wichtiges Signal an die Bürgerinnen und Bürger sein, wenn in dieser Angelegenheit Einvernehmen erzielt und ein einstimmiger Beschluss gefasst werden könnte. Er wirbt auch dafür, heute nicht über den vorliegenden Antrag abzustimmen, sondern der Verwaltung die Gelegenheit zu geben, einen neuen Beschlussvorschlag vorzulegen. Wichtig sei auch, in diesem Zusammenhang das Thema Inklusion zu betrachten. Er bittet darum, heute keine Abstimmung vorzunehmen.

Sprecher der CDU-Fraktion begrüßen, dass die Verwaltung ihre Vorlage zurückziehe. Der Sprecher der Fraktion äußert sein Bedauern darüber, dass in der Presse bereits der Name von Herrn Anstatt genannt wurde. Dass sei nicht beabsichtigt gewesen. Er stellt heraus, dass Herr Anstatt bisher gute Arbeit geleistet habe. Bei diesem Thema sei es wünschenswert, wenn dazu Einvernehmen aller Parteien erzielt werden könne. Auch die CDU-Fraktion werde ihren Antrag heute zurückstellen. Ein Sprecher erläutert eingehend den Antrag, wobei er die besonderen Kritikpunkte heraushebt, die besonders beachtenswert seien. Zwingend sei zumindest die Unterstützung eines ehrenamtlichen Mitarbeiters durch einen hauptamtlichen Mitarbeiter, der mindestens einen halben Stellenanteil einnimmt.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Verwaltung anstrebe, einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten, der von vielen oder allen mitgetragen werden könne. Dazu werde ein angemessener Zeitvorlauf benötigt. Aussagen hinsichtlich eines konkreten Zeitplans könnten derzeit nicht gemacht werden. Zu dem Hinweis der Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen auf die Beratung im Stadtrat zum Inklusionskonzept, teilt die Verwaltung mit, dass daran gearbeitet werde. Die Verwaltung weist auf das breite Spektrum und die Komplexität in Bezug auf das Thema Inklusion hin und gibt verschiedene Beispiele von Problemen, für die derzeit noch keine Antworten oder Lösungen gegeben werden können. Die Verwaltung könne sich eine Verknüpfung der Anträge zum Inklusionskonzept mit Bestellung eines Inklusionsbeauftragten und der Bestellung eines Beauftragten für die Belange behinderter Menschen vorstellen.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass man zwar heute über die Vorlage hätte abstimmen können, man aber durchaus den Vorteil erkenne, wenn noch strittige Aspekte bedacht und geklärt werden könnten. Dies sei insbesondere im Hinblick auf das große Thema Inklusion zu sehen. Seine Fraktion wünsche eine klare Trennung der Aufgaben zwischen haupt- und ehrenamtlicher Tätigkeit. Sollte ein Konsens zwischen allen Parteien hergestellt werden können, sei dies ein wichtiges Zeichen an die Bürgerschaft.

Der Bürgermeister bedankt sich bei der CDU-Fraktion, dass sie auf eine Abstimmung über ihren Antrag verzichte.

16 Interkommunale Zusammenarbeit / Beitritt zur interkommunalen Einkaufsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW

Vorlage: VIII/0987

Beschluss

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt einem Beitritt zur interkommunalen Einkaufsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW (Ko-Part e.G.) zu.
2. Der Bürgermeister wird zur Unterzeichnung der Beitrittserklärung ermächtigt.
3. Als Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Generalversammlung der Genossenschaft wird der Leiter des Zentralen Service, Herr Martin Frömmer benannt.

einstimmig zugestimmt

17 Umwandlung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Städtische Betriebe der Stadt Monheim am Rhein in einen Regiebetrieb
Vorlage: VIII/0984

Aufgrund von Anmerkungen der Sprecherin der SPD-Fraktion und einer Nachfrage der Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt der Bürgermeister, dass derzeit im Rahmen der wirtschaftlichen Prüfung mit Blick auf eine evtl. Fusion der Betriebshöfe von Langenfeld und Monheim am Rhein die Frage abschließend geklärt werden müsse, ob gemeinsame Einrichtungen verschiedener Gebietskörperschaften einer Umsatzsteuerpflicht unterlägen. Das endgültige Prüfungsergebnis, ob eine Fusion wirtschaftlich sinnvoll sei oder sich die Kooperation bei verschiedenen Arbeitsfeldern anböte, werde zu gegebener Zeit vorgelegt. Zu den jeweiligen Rechtsformen, die bei einer evtl. Fusion oder bei einer Kooperation in Frage kämen, könne derzeit keine Aussage getroffen werden. Die alles entscheidende Frage sei die nach einer möglichen Umsatzsteuerpflicht. Mit dieser Steuerpflicht stelle sich eine Fusion unwirtschaftlich dar.

Anschließend erklärt Herr Gronauer - CDU-Fraktion - in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Betriebsausschusses, dass durch die Auflösung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Städtische Betriebe der Stadt Monheim am Rhein“ auch der Betriebsausschuss nicht mehr erforderlich sei. Deshalb möchte er sich bei allen Ausschussmitgliedern, wobei er besonders die Arbeitnehmervertreter heraushebt, für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Beschluss

1. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Städtische Betriebe der Stadt Monheim am Rhein“ wird mit Ablauf des 31.12.2012 aufgelöst.
2. Der Betrieb wird mit Wirkung zum 01.01.2013 als Regiebetrieb der Stadt Monheim am Rhein fortgeführt.

einstimmig zugestimmt

18 Integriertes Klimaschutzkonzept (KSK) für Monheim am Rhein
- Maßnahmenbeginn, erste Projektschritte und Auftaktveranstaltung
Vorlage: VIII/0979

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und weist besonders auf die Auftaktveranstaltung zum Integrierten Klimaschutzkonzept hin, die am 22.10.2012 ab 17.30 Uhr stattfinden werde. Er hofft auf ein reges Interesse aus der Bürgerschaft.

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

19 Erschließung der Telekomliegenschaft an der Straße "Am Schellberg"
Vorlage: VIII/1026

Der Rat nimmt die Sachstandsdarstellung zur Kenntnis.

20 **Zuteilung von neuen Kennzeichen im Kreis Mettmann**
Vorlage: VIII/1024

Der Bürgermeister weist auf die Unterlagen hin, die den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt wurden. Der Landrat habe sich eindeutig für die Beibehaltung des Kennzeichens ME ausgesprochen und werde dem Kreistag einen entsprechenden Beschluss empfehlen. Anschließend bittet er die Fraktionen um ihre Vorschläge.

Sowohl die Sprecherin der FDP-Fraktion als auch der Sprecher der CDU-Fraktion erklären, dass sich ihre Fraktionen für die Beibehaltung des KFZ-Kennzeichens ME aussprechen würden.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion weist darauf hin, dass der Bundesrat vor wenigen Tagen beschlossen habe, „alte“ KFZ-Kennzeichen wieder aufleben zu lassen. Es sollen allerdings keine neuen kommunalen Kennzeichen zugelassen werden. Deshalb erübrige sich s. E. die Diskussion, ob man sich für oder gegen ein Unterscheidungskennzeichen aussprechen wolle. Seine Fraktion unterbreite deshalb keinen Vorschlag. Ein Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass aufgrund der Auskunft seines Vorredners auch seine Fraktion keinen Vorschlag zur Abstimmung stellen wolle.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion erklärt, dass über dieses Thema in der Fraktion kontrovers diskutiert worden wäre. Schlussendlich habe man sich für ein Ortskennzeichen ausgesprochen. Aufgrund der vorangegangenen Wortmeldungen werde ihre Fraktion ebenfalls darauf verzichten, einen Beschlussvorschlag zur Abstimmung zu stellen.

Der Bürgermeister stellt abschließend fest, dass nach erfolgter Diskussion kein Beschlussvorschlag zur Abstimmung vorliege.

21 **Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grüne vom 09.09.2012 "Erlebnispfad**
Grüne 8"
Vorlage: VIII/1025

Die Sprecherin der antragstellenden Fraktion erläutert ausführlich ihren Antrag.

Der Sprecher der CDU-Fraktion stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen zu verweisen.

Ein Sprecher der PETO-Fraktion, der für den Geschäftsordnungsantrag spricht, erklärt, dass der Antrag im Zusammenhang mit einem noch zu erstellenden Tourismuskonzept betrachtet werden solle.

Der Bürgermeister stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung:

Beschluss

Der Rat verweist den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zur weitergehenden Beratung in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen.

einstimmig zugestimmt

22 Nachwahlen, Umbesetzung von Mitgliedern in Ausschüsse und Gremien Vorlage: VIII/1016

Beschluss

1. Die Nach- und Umbesetzung der Ausschüsse und Gremien einschließlich der Änderungen in den Vertretungsreihenfolgen wird gemäß der beigefügten Anlage beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

23 Mündliche Mitteilungen

23.1 Besetzung der Stelle der Bereichsleitung Schulen und Sport

Der Bürgermeister teilt mit, dass mit Wirkung zum 01.10.2012 die Stelle des Bereichsleiters des Bereiches 40 mit Herrn Peter Heimann besetzt werden soll. Er freue sich, dass Herr Heimann sich auf die frei gewordene Stelle beworben habe und spricht ihm sein ausdrückliches Vertrauen aus. Da es sich hierbei lediglich um eine Umsetzung innerhalb einer Verwaltungseinheit handele, sei eine Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses nicht erforderlich.

23.2 Information zu dem möglichen Bau einer Festhalle auf dem Schützenplatz Am Werth

Der Bürgermeister berichtet von seiner Teilnahme an einer Mitgliederversammlung der St. Sebastianus Schützenbruderschaft und dass er dieser ein Konzept zum Bau einer Festhalle vorgestellt habe. Dieses Festhallenkonzept solle im November im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen präsentiert werden. Ende Oktober werde die Schützenbruderschaft eine Grundsatzentscheidung treffen. Sollte die Entscheidung zugunsten des Festhallenkonzeptes ausfallen, werde die Verwaltung mit der Planung beginnen. Das vorgestellte Konzept biete eine gute Chance für die seit Jahren gewünschte "Stadthalle".

24 Mündliche Anfragen

24.1 Anfrage von Ratsfrau Schlößer - SPD - "Sachstand hinsichtlich der Über-

prüfung der Akustik im Ratssaal"

Die Sprecherin der SPD-Fraktion erkundigt sich nach dem Sachstand hinsichtlich der Überprüfung der Tontechnik im Ratssaal. Es sollte geprüft werden, ob für Hörgeräteträger eine Induktionsschleifenanlage eingebaut werden könne, damit die hörgeschädigten Ratsmitglieder den Sitzungen besser folgen können.

Die Verwaltung teilt mit, dass die vorhandene Technikanlage zwztl. mit Geräten von vier verschiedenen Herstellern bestückt sei. Derzeit werde auf Rückmeldungen der Hersteller gewartet auf die Frage, ob und wie technische Lösungen umsetzbar seien. Das Problem werde bei der Anpassung neuer Schnittstellen zwischen der alten Anlage zu den einzelnen Endgeräten gesehen. Fraglich sei noch, ob überhaupt neue Schnittstellen geschaffen werden könnten. Nach Vorliegen der Antworten werde die Verwaltung Lösungsmöglichkeiten mit einer entsprechenden Kostenaufstellung vorstellen.

24.2 Anfrage von Ratsherrn Köchling - PETO - "Zustand der Randsteine am Busbahnhof"

Herr Köchling weist auf die bereits stark beschädigten Randsteine am neuen Bahnsteig des Busbahnhofes hin und fragt nach den Ursachen.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Beschädigungen an den Kantensteinen auf Fahrfehler der Busfahrer zurückzuführen sei. Die Verwaltung stehe deswegen mit dem Betriebsleiter der Bahnen der Stadt Monheim am Rhein in Kontakt. Die Busfahrer sollen zu korrekter Fahrweise angehalten werden. Derzeit sei nicht geplant, die Borde auszutauschen. Zunächst sollen die Kanten abgeschliffen werden. Eine andere Lösung des Problems sei derzeit nicht erkennbar.

24.3 Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion zur Planungssituation in Baumberg-Ost

Die Wortmeldung von Herrn Gronauer bezieht sich auf die schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion, die vor der Sitzung an die Plätze verteilt wurde.

Der Bürgermeister verliest die Fragen und beantwortet diese.

1. Welche Auswirkungen hat der neue Regionalplan auf Monheim in Bezug auf Baumberg-Ost? Ist nach wie vor gesichert, dass Baumberg-Ost wie geplant, entwickelt werden kann?

Der Bürgermeister antwortet, dass es noch keinen neuen Regionalplan gäbe. Der Regionalplan befinde sich derzeit lediglich in der Abstimmung. Die Verwaltung habe die Stellungnahme zum Regionalplanverfahren im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen vor der Sommerpause vorgestellt und es sei zu einer relativ einheitlichen Beschlussfassung gekommen. Die Stadt halte es nach wie vor für gesichert, dass Baumberg-Ost wie geplant entwickelt werden könne.

2. Hat in der Verwaltungsspitze ein Umdenken stattgefunden, hinsichtlich der Möglichkeit und Notwendigkeit weiterer Bebauung in Baumberg-Ost?

Der Bürgermeister antwortet mit einem klaren Nein. Die Verwaltungsspitze halte an dem Aufstellungsbeschluss, der durch den Stadtrat verabschiedet wurde, fest. Bei der geplanten Bebauung mit 100 WE handele es sich für diesen Bereich um eine angemessene Planung. Ein Umdenken habe nicht stattgefunden.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung, bedankt sich bei den Zuhörern und wünscht allen einen guten Heimweg.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Beate Hellingrath
Schriftführerin

Anlage:

Präsentation Aktionstag (zu Tagesordnungspunkt 2, Vorlage VIII/0985)